



dringlich, hier ein Zeichen zu setzen, dass man sich darauf verlassen kann, dass diese Serviceeinrichtung bestehen bleibt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Wir kommen zu einem weiteren Dringlichkeitsantrag der Fraktion pro Köln mit dem Titel „Keine Erhöhung der Parkgebühren“.

Jörg Uckermann (pro Köln): Dringlich ist das deshalb, weil OB und Rot-Grün in dieser Frage Angst und Schrecken verbreiten. Dem wollen wir entgegentreten und klarmachen: Weitere Gebührenerhöhungen sind nicht hinnehmbar. Wir wollen, dass das hier im Rat diskutiert und beschlossen wird, damit die Leute Planungssicherheit haben. - Danke.

(Beifall bei pro Köln)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Wir kommen nun zur Abstimmung über diese drei Dringlichkeitsanträge:

Abstimmung über die Dringlichkeit des Antrags betreffend eine Prüfung der wirtschaftlichen Nutzung des ehemaligen Rautenstrauch-Joest-Museums am Ubierring: Wer für die Dringlichkeit ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Fraktion pro Köln. Wer enthält sich? - Niemand. Damit ist die Dringlichkeit abgelehnt.

Abstimmung über die Dringlichkeit des Antrags betreffend 15 Minuten freies Parken in allen Stadtteilen: Wer ist für die Dringlichkeit? - Das ist die Fraktion pro Köln. Wer enthält sich? - Niemand. Damit abgelehnt.

Abstimmung über die Dringlichkeit des Antrags betreffend keine Erhöhung der Parkgebühren: Wer ist für die Dringlichkeit? - Die Fraktion pro Köln. Wer enthält sich? - Niemand. Damit abgelehnt.

Wir kommen jetzt zur Festlegung der Reihenfolge der Tagesordnung. Ich schlage vor, den Tagesordnungspunkt 1.1, Aktuelle Stunde, gemeinsam mit den jeweiligen Anträgen, die Gebühren und Steuern thematisieren, zu beraten. Konkret handelt es sich um die Anträge unter 3.1.3 und 3.1.11, die Anfrage unter 4.1 sowie die Satzungen unter 6.1.2, Abfallgebührensatzung, und 6.1.3, Straßenreinigungssatzung. Im Anschluss daran werden die Punkte dann einzeln abgestimmt. - Herr Wiener.

Markus Wiener (pro Köln): Herr Oberbürgermeister! Der Antrag unter 3.1.8 von der Fraktion pro Köln zielt auf das gleiche Thema ab. Wenn man die von Ihnen aufgeführten Punkte zusammen mit dem Punkt Aktuelle Stunde behandelt - dagegen haben wir nichts -, muss natürlich auch Punkt 3.1.8 an dieser Stelle behandelt werden. Ich bitte also darum, den Antrag zu 3.1.8 zusammen mit der Aktuellen Stunde sowie den weiteren von Ihnen genannten Punkten zu erörtern.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Auch Punkt 3.1.8 wird, wie vorgeschlagen, gemeinsam beraten. Ich fasse noch einmal zusammen, damit wir für die Aktuelle Stunde entsprechend gewappnet sind: Neben beziehungsweise innerhalb der Aktuellen Stunde werden gleichzeitig die Tagesordnungspunkte 3.1.3, 3.1.8 und 3.1.11, die Anfrage unter 4.1 sowie die beiden Satzungen unter 6.1.2 und 6.1.3 behandelt.

Gibt es weitere Wortmeldungen zur Reihenfolge der Tagesordnung? - Das ist nicht der Fall. Dann stimmen wir über die Änderungsvorschläge zur Tagesordnung ab. Gibt es Gegenstimmen? - Das ist nicht der Fall. Enthaltungen? - Dann ist die Tagesordnung so beschlossen.

Zu Beginn habe ich die beiden neu gewählten Dezernentinnen zu ihrer ersten Ratssitzung begrüßt. Ich freue mich, dass beide die Bereitschaft erklärt haben, sich Ihnen auf diesem Wege hier kurz vorzustellen. Ich gebe das Wort zunächst an unsere neue Kämmerin, Frau Klug. - Bitte schön, Frau Klug.

Stadtkämmerin Gabriele C. Klug: Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Roters! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Sie haben mir am 7. Oktober mit Ihrer Wahl das Vertrauen ausgesprochen, die vor uns liegenden Aufgaben zu meistern, und Sie haben mich zur Kämmerin der Stadt Köln bestellt. Daher erwarten Sie zu Recht von mir, dass ich mit Ressourcen sparsam und wirtschaftlich umgehe und das gesamtwirtschaftliche Gleichgewicht in diesem Rat nicht aus den Augen verliere. Ich will versuchen, diese Grundhaltung jetzt auch auf dieses kurze Statement zu beziehen.

Die Rahmenbedingungen, meine sehr geehrten Damen und Herren, sind hart. Auch heute wird hier im Rat leidenschaftlich um den richtigen Weg für die finanzielle Zukunft der Stadt



debattiert werden. Gut so! Harte Rahmenbedingungen benötigen Debatten, klare Ziele und vor allem eine Vision als Kompass. Mit letzterer möchte ich heute beginnen.

Ich nutze sehr gerne diese erste Gelegenheit, um für die Vision vom guten Leben in der Stadt zu werben. Das gute Leben in der Stadt bedeutet nicht, dass es sich alle gemütlich gutgehen lassen nach dem Motto: Irgendwer wird es schon richten und wenn nicht, schreibe ich einen Leserbrief und warte ab, was geschieht. Nein, ich meine das gute Leben im aristotelischen Sinne: die Leitvorstellung für ein Leben in nachhaltiger Befriedigung materieller und immaterieller Bedürfnisse und in Sicherheit für alle. Für ein solches gutes Leben ist die Übernahme von Verantwortung für sich und für die Gemeinschaft unerlässlich. Bürgerschaftliches Wirken für die Stadt, Zugang für alle dazu sind unabdingbar für eine lebendige Stadtgesellschaft.

Die Tagesordnung dieser Sitzung belegt, wie vielfältig die öffentlichen Aufgaben sind. Am Ende des Tages steht immer die Frage: Wie können wir dies auch finanziell meistern, und wie kann die Bürgergesellschaft in diesem Zusammenhang ihre aktive Rolle kontinuierlich ausüben? In Köln ist mit dem Bürgerhaushalt ein ressourcenbezogenes Verfahren etabliert - eine vorbildliche Situation in der Stadt und kein Schönwetterprojekt, sondern ein Teil der Verantwortung für ein gutes Leben in der Stadt. Das gilt es nun weiterzuentwickeln. Ich freue mich schon auf den Austausch mit Ihnen, meine sehr geehrten Damen und Herren, mit der Praxis in der Stadt und mit der Wissenschaft.

Auch wenn wir in den nächsten Jahren eine Reihe schwieriger Finanzprobleme zu lösen haben: Köln ist keine arme Stadt. Wir leisten uns zahlreiche Angebote, die das Leben in der Stadt lebenswert machen. Wir werden auch in Zukunft gemeinsam darum ringen, diese zu erhalten. Es werden vor allem in der Finanzierung der Infrastruktur erhebliche kommunale Mittel aufgebracht werden müssen, um die Herausforderungen für das städtische Leben in Köln in der Zukunft zu schultern. Zu einem guten Leben, meine sehr geehrten Damen und Herren, in diesem Sinne müssen alle beitragen.

„Stadt, Land, Schluss“ - so betitelte die *Financial Times* am 5. Oktober einen Beitrag über die schier hoffnungslose Lage vieler US-amerikanischer Städte, großer wie kleiner. Bei uns hieße Schluss: Ende mit der eigenverantwortlichen Gestaltung durch den Rat.

Das wollen wir vermeiden. Die Motivation zur Fortentwicklung und vor allem zur Umsetzung des am 7. Oktober beschlossenen Konzepts zur Sanierung des Kölner Haushalts steht daher in engem Zusammenhang mit dieser Vision vom guten Leben in der Stadt. Eine nachhaltige Haushaltssanierung ist der Mühe wert, in einem kontinuierlichen Prozess umgesetzt und fortentwickelt zu werden.

Köln hat wie alle anderen großen Städte große Probleme. Das jahresbezogene Defizit beläuft sich für 2010 auf rund 357 Millionen Euro, für 2011 auf rund 262 Millionen Euro. Dies wird auch durch die mittlerweile eingetretene Verbesserung im Ergebnisplan von rund 85 Millionen Euro lediglich gemildert. Wir können ein wenig Luft schöpfen. Die strukturellen Probleme der Kommunalfinanzen aber können wir in Köln nicht lösen. Längst überfällig ist die Reform der Kommunalfinanzen. Entscheidend wird sein, ob es gelingt, die Gewerbesteuer zu einer kommunalen Wirtschaftsteuer fortzuentwickeln und die Bundesbeteiligung bei den sozialen Leistungen aufgabengerecht anzupassen.

Wesentlich wird zudem die Reform des kommunalen Finanzausgleichs in Nordrhein-Westfalen unsere Haushaltsentwicklung beeinflussen. Ich bin gespannt, wie die Lastenverteilung für —noch— wohlhabende Städte aussieht, die ihrerseits den Bürgerinnen und Bürgern durch ein konsequentes, freiwilliges Haushaltskonsolidierungskonzept in den nächsten Jahren bereits erhebliche Beiträge zur Konsolidierung abverlangen, so wie wir in Köln dies mit dem vorgelegten und von der Regierungspräsidentin angenommenen freiwilligen Haushaltskonsolidierungskonzept auf den Weg gebracht haben. Allerdings, mit allen zur Verfügung stehenden Instrumenten müssen wir unseren Beitrag leisten und die Effektivität unseres Ressourceneinsatzes in einem kontinuierlichen Prozess steigern. Es ist die vornehme Aufgabe des Rates, strategische Ziele unter Berücksichtigung der Ressourcen zu verabschieden. Damit hat der Gesetzgeber ein weiteres Element nachhaltiger Finanzaufstellung in der Gemeindeordnung vorgezeichnet.

Ich komme zum letzten Punkt. Handeln ist geboten - schnell, eindeutig und nachhaltig. Köln ist keine arme Stadt. Wir haben ein Konsolidierungskonzept, das sich sehen lassen kann. Nun müssen wir die strategischen und operativen Ziele entwickeln, die uns in den nächsten Jahren tragen. Wir dürfen den Versuchungen des Tagesgeschäfts nicht erliegen, da nicht zuletzt durch die



Zinsentwicklung weitere finanzielle Risiken im Raum stehen. Es gilt, die Maßnahmen der Haushaltskonsolidierung umzusetzen, sie systematisch zu begleiten und auszuwerten, immer bereit, zu lernen und besser zu werden.

Bei der Steuerung der Konsolidierung werden Rat und Verwaltung durch die weitere Umsetzung des NKF unterstützt. Es wird daher in den nächsten Monaten eine vorrangige Aufgabe sein, diesen Prozess voranzubringen. Das NKF-Projekt ist gut aufgestellt. Methodisch ist es erforderlich, Zielentwicklung und Überprüfung der Zielerreichung durch geeignete Maßnahmen in einem Netzwerk zu fördern.

Um bei Aristoteles zu bleiben: „Das Ganze ist mehr als die Summe seiner Teile“. Dieser Leitsatz prägt die ressourcenorientierte Sicht, die uns künftig einen kritischen Blick auf die Werthaltigkeit der Kommune mit ihren Beteiligungen werfen lässt. Wir werden das nächste Jahr nutzen, um in der neuen Methode voranzukommen. Eine spannende Aufgabe für gemeinsames Handeln - für Sie, für uns alle -, eine Aufgabe, auf die ich mich sehr freue.

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren, erlauben Sie mir, bereits hier das Stichwort „Kulturförderabgabe“ aufzunehmen; denn auch dieses hat einen Platz in meiner Vision vom guten Leben in der Stadt. Dieses Stichwort werden wir an anderer Stelle intensiv und in die Tiefe gehend behandeln. Dass die Kulturförderabgabe für die Städte beim Ringen um den Erhalt der kommunalen Finanzautonomie ein zulässiges und legitimes Instrument ist, steht für mich außer Frage. Wir in Köln führen derzeit ein Musterverfahren durch, um darüber hinaus auch Rechtssicherheit in dieser bedeutsamen Frage herbeizuführen.

Tatsächlich ist die Kulturförderabgabe eine Kommunalsteuer, die in zahlreichen Metropolen Europas bereits eingeführt worden ist oder diskutiert wird. Paris, Amsterdam und Rom seien an dieser Stelle genannt; ich lege nachher gerne nach. Bei der Würdigung der Rechtmäßigkeit sind viele Faktoren und sehr grundlegende Bewertungen zu berücksichtigen. Unter anderem geht es darum, ob und inwieweit den Kommunen im Rahmen des Steuer(er)findungsrechts unterm Strich mehr bleibt als die Erfindung von Bagatellsteuern. Aber vor allem geht es um die Frage, ob der Allgemeinheit zugängliche Güter des kulturellen Lebens vor Ort durch eine allgemeine Abgabe mitfinanziert werden können oder dürfen. Damit geht es um einen wichtigen Teil des guten Lebens in der Stadt.

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, meine Damen und Herren, nachhaltige Haushaltswirtschaft ist eine große Herausforderung, ein spannendes und spannungsreiches Arbeitsgebiet. Ich freue mich auf konstruktive Debatten, bei denen ich immer unseres gemeinsamen Auftrags nach § 1 der Gemeindeordnung gewahr bin, der uns aufgibt, das Wohl der Einwohner in freier Selbstverwaltung durch ihre von der Bürgerschaft gewählten Organe zu fördern und zugleich - auch das ist unser Auftrag - in Verantwortung für die zukünftigen Generationen zu handeln. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD, beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der FDP sowie bei Teilen der CDU)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Ich bitte nun Frau Reker, das Wort zu ergreifen.

Beigeordnete Henriette Reker: Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Vielen Dank, dass auch ich heute die Gelegenheit habe, ein paar Worte an Sie zu richten. Am 1. Dezember habe ich ein Dezernat mit einer Aufgabenstellung übernommen, die in vielfältiger Weise die Lebensumstände der Menschen in unserer Stadt unmittelbar berührt oder beeinflusst. Zielsetzung meiner Arbeit ist es, nicht nur die Stadt und ihre Bürgerinnen und Bürger zusammenzuhalten und ein Auseinanderdriften der Gesellschaft zu verhindern; ich möchte außerdem das Vertrauen aller Einwohner in die Verwaltung und damit die Stadtführung stärken, durch größtmögliche Beteiligung und Transparenz von Verwaltungshandeln.

Ich habe nicht vor, Ihnen jetzt die Bedeutung der Sozialpolitik und ihrer verschiedenen Aspekte für die Zukunft unserer Stadt darzustellen. Vielmehr will ich Ihnen die Themen benennen, die mir an meinem ersten Arbeitstag bei der Stadt Köln begegnet sind, weil diese Themen ein Spiegelbild meiner zukünftigen Arbeit darstellen. Seien Sie aber sicher, dass ich auch die Themen, die ich jetzt nicht benennen werde, nicht aus dem Auge verlieren werde.

Als Erstes stand die Organisation des zukünftigen Jobcenters, die Integration in Arbeit, unter größtmöglicher Einflussnahme der Stadt Köln auf dem Programm. Hier müssen wir den Fokus auf die von Langzeitarbeitslosigkeit